



Berlin, 1. Juni 2012

GdP zur Konferenz der Innenminister und -senatoren

Richter: Vereine für Sicherheit in Fußball-Stadien in die Pflicht nehmen

Göhren-Lebbin/Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt, dass die Innenminister und -senatoren der Länder dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) massiv die Daumenschrauben ansetzen, um die Gewaltspirale im Fußballgesehen zu durchbrechen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Frank Richter: „Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler immer mehr Geld für immer mehr Polizeieinsätze bei Fußballkrawallen bezahlen muss und die Vereine von den deutlich über 600 Millionen Euro zusätzlichen Einnahmen aus TV-Fußballübertragungsrechten nur eine mickrige Summe für Präventionsarbeit zahlen. Wir unterstützen ausdrücklich die Warnung der Innenminister an die Vereine, die Polizei nicht als Lückenbüßer dafür zu missbrauchen, dass sich die Clubs ihrer Verpflichtung entziehen, selber für die Sicherheit in den Stadien zu sorgen. Wenn die Polizei dann diese Sicherheit garantieren muss, werden die Vereine zahlen müssen.“

Darin, so der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, sieht die Gewerkschaft der Polizei auch ein Ende der Diskussion um die Beteiligung der Fußballvereine an den Kosten für Polizeieinsätze. Richter: „Es ist unstrittig, dass Polizeieinsätze im öffentlichen Raum Sache des Staates sind. Polizeieinsätze dort aber, wo private Verantwortung nicht erfüllt wird, müssen bezahlt werden.“

Weiterhin fordert Richter, dass auch die Vereine der unteren Klassen verpflichtet werden, eigene Fanprojekte zu finanzieren.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190